WP-01-K1-703

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Lars Gindele (KV Potsdam)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 702 bis 704 einfügen:
Beispiel mit den sozial ausgestalteten Förderprogrammen für die Modernisierung von Heizungssystemen und bei der Sanierung von Wohnungen und Häusern. Zukünftig wollen wir die Förderprogramme, inkl. der Förderung der Heizungsmodernisierung, noch stärker einkommensabhängig staffeln, sodass Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen deutlich höhere Förderbeträge erhalten, während die Förderung für hohe Einkommen schrittweise reduziert wird und schließlich ganz ausläuft. Auch den Umstieg auf die E-Mobilität wollen wir für Menschen mit kleinen und mittleren

Begründung

Eine stärkere einkommensabhängige Staffelung der Förderprogramme, insbesondere auch des Förderprogramms für die Modernisierung von Heizungssystemen, ist notwendig, um die soziale Gerechtigkeit und Effektivität der Klimapolitik zu stärken. Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen tragen im Verhältnis häufig eine höhere finanzielle Last bei der energetischen Sanierung und dem Heizungstausch, während Haushalte mit sehr hohen Einkommen in der Regel nicht auf staatliche Förderung angewiesen sind, um solche Maßnahmen umzusetzen. Durch eine progressive Ausgestaltung der Förderquoten können wir sicherstellen, dass diejenigen, die Unterstützung am dringendsten benötigen, diese auch tatsächlich erhalten. Auch die Förderung des Heizungstausches sollte noch einmal dahingehend überprüft werden, ob sie für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen in der Praxis tatsächlich ausreicht. So könnte beispielsweise die Deckelung der Fördermittelhöhe für diese Haushalte ein unüberwindbares Hindernis darstellen.

Gleichzeitig verhindert ein Auslaufen der Förderung bei sehr hohen Einkommen Mitnahmeeffekte und setzt staatliche Mittel gezielter ein. Mit diesem Ansatz stärken wir den sozialen Zusammenhalt und sorgen dafür, dass die Energiewende von allen mitgetragen wird.

Mit dem Start des Emissionshandels für Brennstoffe ab 2027 werden die Heizkosten für fossile Brennstoffe wie Öl und Gas deutlich steigen. Dies wird vor allem Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen belasten, da sie oft nicht die finanziellen Mittel haben, um kurzfristig auf klimafreundliche Heizungen umzusteigen. Die steigenden Heizkosten könnten sozialen Sprengstoff bergen und zu neuen Spannungen führen, wenn diese Haushalte keinen gerechten Zugang zu Fördermitteln haben, um die Kosten des Heizungstauschs zu bewältigen. Dies zeigt, wie dringlich eine sozial ausgewogene Förderung ist, um nicht nur den Klimaschutz voranzutreiben, sondern auch soziale Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

Eine progressive Staffelung der Förderung stellt sicher, dass Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen stärker unterstützt werden, da für sie die finanzielle Belastung durch den Heizungstausch besonders groß ist. Für Haushalte mit hohen Einkommen verliert die Förderung hingegen an Anreizwirkung, da sie den Heizungstausch auch ohne staatliche Unterstützung realisieren können. So könnte die Förderung beispielsweise ab einem zu versteuernden Einkommen von 200.000 Euro auslaufen.

Internationale Vorbilder zeigen, dass einkommensabhängige Fördermodelle erfolgreicher und weniger konfliktträchtig sind. Beispielsweise haben Dänemark, Schweden und Frankreich solche Modelle für Gebäudesanierungen und den Umstieg auf erneuerbare Energien eingeführt. In Dänemark werden Förderungen für energetische Sanierungen an das Einkommen gekoppelt, wobei Haushalte mit geringeren Einkommen deutlich höhere Unterstützung erhalten. Frankreich hat mit „MaPrimeRénov“ ein ähnliches Modell etabliert, bei dem einkommensschwache Haushalte bis zu 90 % der Kosten erstattet bekommen und wohlhabendere Haushalte deutlich weniger oder gar keine Zuschüsse erhalten. Polen hat ebenfalls Förderungen für den Heizungstausch entwickelt, die sich an Einkommensgruppen orientieren und für sozial schwächere Haushalte besonders hohe Förderungen vorsehen. Diese Modelle haben zu einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung geführt, da sie sozial gerechter gestaltet sind.

Die operative Ausgestaltung soll so erfolgen, dass die jeweiligen Angaben zum Einkommen nicht an Unternehmen wie z.B. den Heizungsinstallateur weiter gegeben werden müssen. Der Abgleich mit dem Einkommen zur Bestimmung der Förderhöhe soll unbürokratisch über staatliche Akteure abgewickelt werden.

Mit dieser Reform leisten wir einen wichtigen Beitrag dazu, Klimapolitik ernsthaft auch als soziales Projekt zu verstehen. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen, damit die Energiewende von allen mitgetragen werden kann. Eine zielgerichtete, sozial ausgewogene Förderung stärkt den sozialen Zusammenhalt, fördert den Klimaschutz und verringert soziale Ungleichheiten.

weitere Antragsteller*innen

Lisa Bundke (KV Potsdam); Martin Rademacher (KV Potsdam); Antje Bensching (KV Potsdam); René Teichmann (KV Potsdam); Ronja Krebs (KV Teltow-Fläming); Bettina Meyer (KV Potsdam); Uwe Kaminski (KV Potsdam); Frank Spade (KV Potsdam); Stephan Mönchinger (KV Spree-Neiße); Antje Töpfer (KV Havelland); Berit Gundermann (KV Potsdam); Andrea Lübcke (KV Dahme-Spreewald); Maria Schäfer (KV Potsdam); Katherina Toth-Butzke (KV Dahme-Spreewald); Felix Bestgen (KV Potsdam); Carla Mae von Hörsten (KV Potsdam); René Rother (KV Potsdam); Frank Otto (KV Potsdam); Kilian Ochs (KV Potsdam); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.